

Kölns ramponierter Ruf

## Seufzen am Rhein

**Eine U-Bahn mit nur Teilstrecken oder verschwundene Wahlzettel: In der Regel reagieren Kölner mit Schulterzucken auf solche Skandale. Inzwischen aber ist das Selbstbewusstsein angeknackst.**

von Gerd Kolbe, Köln 3.3.2016, 05:30 Uhr



Das Stadtarchiv von Köln ist im März 2009 wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. (Bild: Hermann J. Knippertz / AP)

Köln, die alte Römerstadt am Rhein, hat allen Grund, sich Sorgen um den Ruf zu machen. Die Repräsentanten der Stadt neigen dazu, zu viel auf die leichte Schulter zu nehmen. Hinzu kommt der «kölische Klüngel», jene rheinische Form der Korruption, die der frühere Oberbürgermeister und spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer einst auf die Formel brachte: «Wir kennen uns, wir helfen uns.» Die rheinische Leichtigkeit des Seins obsiegt in der Regel.

### Das Gedächtnis verloren

Doch heute ist vom totalen Imageverlust die Rede – nicht erst nach den Ereignissen rund um Dom und Hauptbahnhof in der Silvesternacht. Das Gefühl hat sich seit einigen Jahren eingeschlichen. Es war die Reaktion auf den Einsturz des Historischen Stadtarchivs der Domstadt am 3. März 2009. An jenem Tag habe Köln sein Gedächtnis verloren, wurde beklagt. Zwei Männer verloren ihr Leben, als das Archivgebäude wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrach und Teile eines Nachbarhauses mit in die Tiefe riss. Man darf, ohne zynisch zu sein, von einem Glücksfall reden. Das gesamte Archivper-

sonal konnte gerade noch rechtzeitig ins Freie gelangen, als die Aktenwagen auf den Fluren immer schneller zu rollen begannen.

Die Schuldfrage ist bis heute nicht geklärt – und wird es wohl noch lange nicht sein. Die Beweissicherung ist noch nicht abgeschlossen, und so liegt eine Hauptverhandlung in weiter Ferne. Nach wie vor gilt ein Leck in der Schlitzwand, durch das Wasser, Kies und Sand in die Baugrube der Kölner U-Bahn strömten, als Ursache für das Unglück. Erwiesen ist dies aber noch nicht. Beim Bau eines Besichtigungsschachts wurde ein weiteres Loch entdeckt, das zusätzliche Rätsel aufgibt. Immerhin gelang es, die Verjährung von Ansprüchen auf Entschädigung, auf die viele der Beteiligten wohl insgeheim setzten, zu unterbrechen.

Immer lauter sind die Vorwürfe von Pfusch und Manipulationen der Baufirmen geworden. Auch die Bauaufsicht ist unter Beschuss: Sie ging von städtischen und staatlichen Behörden, wie es bei Baubeginn dem politischen Trend entsprach, an private Firmen über. Die Folgen sind evident. Eine Überwachung staatlicherseits fand nicht mehr statt. Gebaut werden sollte eine durchgehende U-Bahn vom Norden in den Süden Kölns, die inzwischen längst hätte in Betrieb gehen sollen. Auf zwei kurzen, im Grunde überflüssigen Teilstrecken fahren nun Züge, in unmittelbarer Nähe des Doms mit gedrosselter Geschwindigkeit, weil Erschütterungen vor Jahren schon Schäden an Sakristei und Chor der gotischen Kathedrale verursachten. Und das Projekt Nord-Süd-Bahn wird wohl nicht vor 2024 verwirklicht sein.

## **Aufwendige Restaurierung**

Da wirkt es wie eine gute Botschaft, dass 95 Prozent der Archivalien aus Geröll, Schutt, Schlamm und Wassermassen an der Unglücksstelle gerettet werden konnten, wenn auch in miserablen Zustand. Die Retter im Restaurierungs- und Digitalisierungszentrum im Kölner Stadtteil Lind wirken wahre Wunder. Alte Urkunden – die älteste stammt aus dem Jahr 922 – werden in mühseliger Kleinarbeit wiederhergestellt. Doch werden wohl noch 30 Jahre vergehen, bis alle historischen Schätze, die den Einsturz des Stadtarchivs leidlich überstanden, präsentabel sein werden. Unter solchen Umständen lässt sich leicht verschmerzen, dass der Neubau des Historischen Stadtarchivs, der auch schon im vergangenen Jahr hätte bezogen werden sollen, frühestens 2019 fertiggestellt werden kann.

Es sind nicht die einzigen Probleme, die Henriette Reker, Kölns neue Oberbürgermeisterin, auf ihrem Tisch vorfand, als sie ihr Amt im vergangenen November antrat. Es gibt noch mehr Bauprojekte, deren Zeitpläne und Baukosten mangels unzureichender Planung nicht eingehalten werden können. In anderen Grossstädten Deutschlands gibt es zwar ähnliche Probleme: etwa in Hamburg mit der Elbphilharmonie oder mit dem Berliner Flughafen. In Köln fehlt jedoch jede Vorsorge für den Notfall. Im November sollten nach Jahren der Renovierung Oper und Schauspielhaus am Offenbach-Platz wiedereröffnet werden. Erst im Juli 2015 gestand die Stadtverwaltung ein, dass es dazu nicht kommen werde. Mindestens drei Jahre werde es wohl noch dauern, bis sich der Vorhang wieder öffnen könne.

## **Überforderte Verwaltung**

Panisch suchte die Stadt eine Ersatzspielstätte für die Oper, die sie in letzter Minute auf dem Messengelände fand. Doch auch die Messe ist ein Sorgenkind. Deren Ausbaupläne verstießen gegen EU-Recht. Mietverträge zwischen der Stadt und einer Investorengruppe mussten rückgängig gemacht werden. Wie bei allen Bauskandalen steigen die Kosten, für die letztlich die Steuerzahler aufkommen müssen. Die Kölner Stadtverwaltung hat in solchen Krisensituationen reichlich oft versagt und mit ihr auch der Stadtrat. Das gilt selbst für berechenbare Prozesse wie Wahlen: Bei der Neubestimmung der Stadtverordnetenversammlung im vergangenen Jahr verschwanden Stimmzettel, es musste neu ausgezählt werden. Und die letzte Oberbürgermeisterwahl musste um einen Monat verschoben werden, weil die bereits gedruckten Stimmzettel laut Aufsichtsbehörde rechtswidrig waren.

Für die parteilose Henriette Reker ist es allerdings nicht einfach, sich durchzusetzen. Sie kam nur zum Zug, weil die CDU in ihren Reihen keinen Kandidaten fand und das traditionelle rot-grüne Rathausbündnis völlig zerstritten war. Grüne, CDU und FDP einigten sich auf Reker als gemeinsame Bewerberin – im Willen, die jahrelange Dominanz der Sozialdemokraten zu beenden. Nach der Wahl beschlossen CDU und Grüne, gemeinsam zu regieren. Doch haben sie in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit. In wichtigen Fragen muss sich Reker also mit dem sie tragenden Parteienbündnis jeweils aufs Neue um eine Mehrheit bemühen. Dass im Stadtrat mittlerweile fünf Splitterparteien mit zum Teil populistischer Ausrichtung sitzen, macht das Regieren nicht einfacher. Ohnehin war die Schonzeit für Reker denkbar kurz. Die Vorfälle der Silvesternacht hätten wohl auch hartgesottene Berufspolitiker aus dem Tritt gebracht. Reker zog zudem Kritik auf sich, weil sie sich mit der Polizei anlegte. Ihre Aussage, unter den Übeltätern vor Dom und Hauptbahnhof hätten sich keine Flüchtlinge befunden, erwies sich als verfrüht. Von den zurzeit 78 Beschuldigten stammen 60 aus Nordafrika. Aber auch gegen einen Iraner, vier Iraker, einen Montenegriner, drei Syrer und drei Deutsche wird ermittelt. Polizei und Justiz kommen bei der Aufklärung nur langsam voran. Dies liegt in der Natur der Sache. Mittlerweile liegen 1092 Anzeigen vor, 78 Ermittlungsverfahren laufen noch. Nur 15 davon betreffen Sexualdelikte, die grosse Mehrheit Diebstähle.

## Vergleichsweise harte Urteile



Ein Angeklagter trifft zu seiner Gerichtsverhandlung in Köln ein. (Bild: Oliver Berg / EPA)

Inzwischen haben vor dem Kölner Landgericht die ersten Prozesse stattgefunden. Drei Nordafrikaner kamen mit Bewährungsstrafen davon. Ein 23-jähriger Marokkaner hatte einer Studentin ein Mobiltelefon entrissen, war aber von Augenzeugen gestellt und der Polizei übergeben worden. Er wurde zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldbusse von 100 Euro verurteilt. Ein Tunesier und ein Marokkaner hatten einem Touristen eine Digitalkamera gestohlen. Der Tunesier wurde zu drei Monaten auf Bewährung

verurteilt. Wie sein 18-jähriger Mittäter, für den Jugendstrafrecht gilt, muss er zudem 60 Stunden ehrenamtliche Arbeit verrichten.

Im Lichte der Ereignisse der Silvesternacht mögen die Urteile als zu milde erscheinen, Juristen hingegen sehen sie als vergleichsweise streng an. Bis Sexualdelikte in Köln zur Anklage kommen, wird es noch eine Weile dauern. Eigentumsdelikte sind, wie die Erfahrung abermals lehrt, leichter nachzuweisen als Vergewaltigungen.